

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Schönau, Müll, Bernsdorf, Müllsdorf, St. Egidien, Schönau, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Müllsdorf, St. Nicola, St. Jakob, St. Michael, Sängsdorf, Lina, Weidenau, Köhlschappel und Linschelm

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Abgabe Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 285. Hauptveröffentlichungsorgan im Amtsgerichtsbezirk. 69. Jahrgang. Mittwoch, den 10. Dezember. Verlagsort: Leipzig Nr. 86697. 1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- u. Feiertags, nachm. für den folgenden Tag. — Vierteljährl. 4,50 M., durch die Post bezogen 5,40 M. — Einzelne Nummer 15 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm Ebert-Strasse 25, alle Poststationen, Postboten, sowie die Austräger entgegen. — Infrate werden die fünfgehaltene Grundzeile mit 30, für auswärtige 40 Pfg. — Anschlag Nr. 1. — Besteller mit 40 Pfg. berechnet. — Reklameweile 10 Pfg. — Im amt. Teile kostet die zweifaltige Zeile 90 Pfg., für Auswärtige 120 Pfg. Tel.-Nr. Tageblatt

Kurze wichtige Nachrichten.

Die Ueberschwemmung des Deutschen Reiches durch die aus Polen, Galizien und Russland hereinströmenden Flüsse ist zum Gegenstand einer Anfrage in der Nationalversammlung gemacht worden, da sie die Wohnungsnot vergrößert.

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, haben die Kommunisten nach Aufhebung des Belagerungszustandes von Berlin mit der Wiedereinberufung von Massenversammlungen begonnen. Für diese Woche sind allein 50 Versammlungen für Groß-Berlin eingeberufen, in denen für die Beilegung der letzten Regierung agitiert werden soll.

Anlässlich der Lebensmittelnot kam es in Innsbruck zu schweren Unruhen, selbst das Vorkommen italienischer Militärs konnte ihnen keinen Einhalt tun.

Die seit 1914 erste direkte Tabakzufuhr aus den überseeischen Produktionsländern ist in Hamburg eingetroffen.

Amlich wird mitgeteilt, daß die italienischen Truppen im Hinterland mit P'Anunzio in Fiume eingezogen sind. Die Truppen P'Anunzio verbrüderten sich mit den Regierungstruppen. Von den Italienern wurde die Kunde mit Begeisterung aufgenommen.

In der „Volkskammer“ in Wien fand am Sonntag vormittag eine vom Deutschen Volksrat für Wien und Niederösterreich einberufene Versammlung statt, die massenhaft besucht war und den Dank der deutschen Bevölkerung Wiens für die treue Hilfsbereitschaft Deutschlands zum Ausdruck brachte.

Vom Reichsministerium wurde eine Steuerkommission zur Untersuchung der Wafentragen gebildet.

Ueberehend zu der Frage der äußeren Politik beschäftigte sich der Kanzler eingehend mit den etlichen Entscheidungen in den nächsten Tagen und Wochen. Er führte aus:

Es ist vornehmlich die Behauptung aufgetaucht, die Verhandlungen über das Schutzprotokoll und vor allem über die im Friedensvertrag nicht enthaltenen Forderungen seien von uns verzögert oder gar unterbrochen worden. Lassen Sie mich an die Tatsachen erinnern: aus ihnen wird die Unrichtigkeit dieser Behauptungen hervorgehen. Am 24. 11. ist der eine der zwei zu diesen Verhandlungen Bevollmächtigten, Herr von Simon, nach Berlin zurückgekehrt, um neue Instruktionen einzukufen. Das Verhalten der Entente auf ihrer Strafandrohung machte diese Rückreise und eine neue Stellungnahme der Neuorganisation notwendig. Am 25. d. d. bereitete eine dies neue Instruktion an den in Paris geschiedenen bevollmächtigten Unterhändler, Herr von Versner, der daraufhin sofort die Verhandlungen fortsetzte. Am selben Tage kam die französische Note, in welcher der Oberste Rat sich mit der Abreise des Herrn von Simon beschäftigte und Auskunst über die Absichten der deutschen Regierung verlangte. Am 28. empfing Herr von Versner darüber die sprachlichen Instruktionen, die er am Montag, den 1. Dezember in ausführlicher Unterhaltung Herrn Dutasta vorlegte. Darin war ein Schiedsgerichtsbeschluss an erster Stelle enthalten, und Herr Dutasta versprach, uns möglichst bald die Antwort zukommen zu lassen, damit wir Unterhändler und Sachverständige zu den dann notwendig werdenden weiteren Verhandlungen entziehen können. Die Antwort steht heute noch aus, was natürlich keine Verzögerung von unserer Seite genannt werden kann.

Wie sehr uns an der schonigen Ratifikation und einer Errichtung des Protokolls gelegen ist, das mögen einige Stellen aus der Instruktion beweisen, die am 28. 11. nach Paris gegangen ist. Darin heißt es:

Die in der Instruktion ausgesprochenen Zweifel an der nützlichen Absicht Deutschlands, die Bestimmungen des Waffenstillstandes und die des Friedensvertrages zu erfüllen, sind unbegründet. Die deutsche Regierung vermahnt sich gegen die Vorwürfe, für die Verletzung des Inkrafttretens des Friedensvertrages verantwortlich zu sein. Bereits am 16. Juli haben wir erklärt, seitdem warten wir darauf, daß die zur Errichtung des ersten Ratifikationsprotokolls erforderliche Zahl ratifizierender Hauptmächte zusammenkäme.

Die deutschen Vertreter in Paris waren seit langem mit Vollmacht zur Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls versehen. Erst am 2. November wurde uns davon Kenntnis gegeben, daß England, Frankreich und Italien die Ratifikation vollzogen haben. Diese drei Mächte haben aber nicht ihre Bereitschaft erklärt, den Frieden durch Errichtung des Ratifikationsprotokolls ohne weiteres in Kraft zu setzen, sondern haben hierfür neue schwere Bedingungen gestellt, die in keiner Beziehung zum Friedensvertrage stehen. Die deutsche Regierung wünscht nach wie vor eine schonige Verwirklichung des Friedenszustandes durch Inkrafttreten des Versailleser Vertrags.

Der Reichskanzler schloß mit einem starken Appell auf dieser Grundlage, auf der auch die übergroße Mehrheit von Volk und Volksvertretung stehen einig zu sein.

Jährlich 4 Milliarden für die Opfer des Krieges.

2 Millionen Gefallene, 2 1/2 Millionen Hinterbliebene.

Berlin, 5. Dezember. Aus Anlaß der Uebernahme des Militärerziehungswesens auf das Reichsarbeitsministerium und dessen Arbeitsvereinbarung mit der sozialen Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge in der Kaiser-Wilhelm-Akademie fand ein Festakt statt, an welchem u. a. Reichspräsident Ebert, Reichsminister Kossel und Oberbürgermeister Herrmann teilnahmen. Die Begrüßungsansprache des Reichsarbeitsministers Schlichte schloß mit der Bitte an die Anwesenden, in allen Kreisen das Verständnis für die Bedeutung dieser Fürsorge für das ganze Volk zu wecken. In längerer Rede gab Ministerialdirektor Dr. Schwemer vom Reichsarbeitsministerium einen Überblick über die ungeschaffene Organisation. Er stellte u. a. fest: Rund 2 Millionen Männer sind gefallen. Die Zahl der Hinterbliebenen wird auf 2 1/2 Millionen geschätzt. Die Zahl der mit Hilfe zur Entlastung kommenden Kriegsbeschädigten wird voraussichtlich gegen 1 1/2 Millionen betragen. Der Gesamtumfang, welcher notwendig sein wird um halbwegs beständige Verhältnisse in der Versorgung der Kriegsoption zu schaffen, wird auf 4 Milliarden über 4 Milliarden Mark veranschlagt.

Aum Schluß ergriß Reichspräsident Ebert das Wort und sagte u. a.: Die Fürsorge für die Opfer des Krieges betrachtet die Reichsregierung als ihre vornehmste Pflicht. Trotz der schweren finanziellen Sorgen und der fast erdrückenden Lasten, welche uns aufgebürdet worden sind, darf das Vaterland kein Kämpfer und seine Toten nicht vergessen. Die Fürsorge ist aber nicht die Aufgabe allein der Regierung. Das große soziale Dilemma ist eine Aufgabe, bei der sich alle Schichten des Volkes ohne Rücksicht auf Parteianschauungen und politische Strömungen zusammenschließen sollen, ein Gebiet, wo sich der einmütige Wille des Volkes zeigt und bewirkt kann.

Deutsches Reich

Berlin. (Die Änderung des Bankgesetzes.) Der Reichsrat nahm heute nach den Ausschlußbeschlüssen die Vorlage betreffend Änderungen des Bankgesetzes vom 11. März 1875 an. Danach entscheidet die von der Regierung vorgeschlagene neue Regelung für den Fortbestand der Reichsbank und der daneben noch bestehenden Notenbanken. Eine Aufhebung der 1914 beschlossenen Notenfreierheit darf nur unter Mitwirkung des Reichsrates geschehen. Mit Rücksicht auf die Abtretung deutscher Gebiete, namentlich auch Danzigs und Memel, wurde die Gründung von Zweignotenbanken außerhalb Deutschlands erlaubt. Die Privatnotenbanken sollen sich kerna verpflichtet, Wertpapiere nicht mehr unter einem Prozentsatz zu lombardieren, zu welchem sie Wechsel diskontieren. Weiter beschloß der Ausschuss, daß es zu einer Kündigung der Privatbanken ohne gleichzeitige Kündigung der Reichsbank nur dann kommen kann, wenn die Bestimmungen des Bankgesetzes von Grund auf geändert werden, und die Anteilhaber der Notenbanken sich weigern sollten, die neuen Bestimmungen anzunehmen, während die Reichsbankanteilehaber sie annehmen.

(Die Regierung schloß Ostpreußen vor dem Volksentscheid.) Auf der am 4. Dezember in einer großen Versammlung der Börse gehaltenen Entscheidung, in der unter Hinweis auf die drohenden Gefahren des Volksentseides, die Erwartung ausgesprochen wird, die Regierung werde ihre Pflicht tun und Ostpreußen schenken, ging von der Reichsregierung nachfolgendes Telegramm ein: Die Regierung und

Letzter Zeichnungstag: 10. Dezember 1 Uhr mittags

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919.

die Volksgenossen im Reich werden Opferungen in seiner gegenwärtigen Bedrängnis nicht allein lassen. Der Schutz der ökonomischen Interessen ist Sache des ganzen Reichs. Die hierzu erforderlichen Maßnahmen sind vorbereitet.

(Schlebergewinne durch das „Loch im Westen“.) „Matin“ demonstriert in einem Artikel, wie gewisse Schlebergewinne durch das „Loch im Westen“ profitieren. Er stellt fest, daß etwa 100 herabgesetzte Kaufleute verfolgt werden würden und sagt: Reis, der in Frankreich für 85 Francs pro hundert Kilo und für 1 Franc das Kilo verkauft werde, koste in den besetzten Rheinlanden 150 bis 170 Francs, Schweinefleisch, zu 3,60 Francs gekauft, erreiche einen Preis von 6,25 Francs in den Rheinlanden. Bei einem Waggon Reis verdienen die Händler etwa 10000 Francs. Auch Fett in Massen sei nach den besetzten Rheinlanden gegangen.

(Stary und Haenisch) In der neuen Kammer der „Zukunft“ beschäftigt sich Harden mit den Beziehungen des Kultusministers Haenisch zum Reichstag. Er schreibt darin: „Aus seiner Rasse (der Rasse von Stary) beziehen Sie, Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, noch heute den Gold von tausend Mark für den Monat.“ In einem Schreiben an Harden, das dieser veröffentlicht, kündigt Minister Haenisch dem Herausgeber der „Zukunft“ die Stenogramme seiner in der Landtagsversammlung gehaltenen Reden zum Fall Friedman (es handelt sich bekanntlich um ein fragliches Mittel gegen Tuberkulose) an. Dazu sagt Harden, er werde die Stenogramme lesen, aber: „Mein Urteil werden Sie nicht wandeln, auch mir (Sie verstehen wohl kaum Neues über das Milieu 1920), ziemlich fern von der Regentstraße. Ihr gutes Herz ist für dieses eine Schmiedemittel noch mit besonderer zärtlichem Eifer angewandt worden ist.“ In der Regentstraße wohnt Stary; Harden will also sagen, daß auch noch an einem anderen Orte merkwürdige Beziehungen zwischen Stary, Friedman, Reichmann und Haenisch gepflegt worden sein müssen. Vielleicht gibt Herr Haenisch selber Aufklärung darüber.

(Gibt will deutsch bleiben.) Eine kräftige Abfuhr haben die Bewohner der Insel Jöde, die, als zur zweiten Zone gehörig, bei der großen Abstimmung gemeindeweise stimmen werden, dieser Tage dort eingetroffenen dänischen Agitatoren erteilt. Drei Versammlungen hatte der dänische Wahlkreis angeordnet, um die friesischen Bevölkerung für Dänemark zu gewinnen, und die Dänen hatten sich viel davon versprochen. Die Versammlungen verliefen aber ganz anders, als es die Einberufer erwartet hatten. Einem der dänischen Agitatoren, einem Ueberläufer, wurde fast einstimmig das Wort Landesverräter zugerufen. Gegen den „Beweis“ daß die Friesen sich zu den Dänen gehörten, wurde von den nach Hunderten zählenden Zuhörern stürmisch und entrüstet protestiert. Als darüber abgemittelt wurde, ob man als guter Friese für Dänemark stimmen könne, erklärte die ganze Versammlung bis auf sechs Personen: Nein! So wurden aus den dänischen Agitationsversammlungen harte Kundgebungen für das Deutschum der Bevölkerung. Die Dänen mußten das Feld räumen, und begeistert gesungene deutsche Vaterlandslieder schloffen die Abende ab. Jöde will deutsch bleiben.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 9. Dezember.

— **Yugau-Deutscher Kohlenrevier.** Am Sonntag vormittag 10 Uhr fand im zehnten Besetzungsjahr des Kohlenreviers „Braunes Kohle“, Deutsch i. G., eine große öffentliche Bergarbeiter-Versammlung statt. Hier wurde unter anderem folgende Forderung gestellt, die von Herrn Arthur Schröder-Oberwürthaus begründet und erläutert wurde. 1.

Aus hartem Holz.

Roman von Julia Sobik.

63.

Nachdruck verboten.

„Doch empfing sie mit einem Gesicht, das voller Fragen war, und Jette verband ihm nur zu gut. Als die Insultinge den Betreuen einzeln auskulturierten und die Augen der jungen Frau sich wieder mit den seinen trafen, sagte sie so leise, daß ihr Mann es nicht verstand: „Christoph, Sie hatten recht, wir kamen zu früh heim — tief zu früh.“

Sie hatte Jette es dem Professor gedankt, der zwei weitere Jahre des Fernbleibens forderte, da im Herbst sich eine kleine Reichsversammlung in der heiligen Erklärung bei Thoma zeigte. Man lagen auch diese schon hinter ihnen. Nach einem überaus glücklich verlaufenen Winter, den sie am Gardasee verlebten, wurden sie des Frühjahrs froh, der hier so frühzeitig seine Wunder beiderte.

Ein Brief von Zähringer war eingetroffen. Nach langem Ziehen war es ihm gelangt, die Hand auf ein durch den plötzlichen Tod des Inhabers ausländisches, vorher kräftig blühendes Geschäft in Südamerika zu legen. Er hatte sich die richtigen Angehörigen verpflichtet, die früheren Verbindungen mit der Heimat noch fester geknüpft und das Vertrauen aller beteiligten Firmen erworben. Die neue Firma stand schon auf festem Boden.

Jetzt forcierte er energisch Thomas Anwesenheit, wenn er in der Heimat einreisen würde. Da er bald abzureisen gedachte, galt es für Thoma, einen raschen Entschluß zu fassen.

Einführung der 6-Stundenschicht einschließlich der Ein- und Ausfahrt, 2. Abschaffung der Akkordarbeit, 3. Lohnbewegung ohne Preiserhöhung der Rohlen. Alle diejenigen Arbeiter, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, sollen einen Tageslohn von 19 Mark erhalten, mit einer Aufbesserung jährlich von 2 Mark, sodaß mit dem 24. Lebensjahre ein Lohn von 35 Mark erreicht wird. Berufsfremde Arbeiter über 24 Jahre sollen einen Tageslohn von 31 Mark (täglich und einer jährlichen Zulage von 2 Mark erhalten, sodaß selbiger in 2 Jahren den Vollen Lohn von 35 Mark erreicht. 3b. Tagelöhner von 14—16 Jahren sollen einen Tageslohn von 14—16 Mark erhalten. Alle älteren Arbeiter sollen dem Lohn der Grundarbeiter gleichgestellt sein. 3c. Weibliche Arbeiter 16—20 Mark. 3d. Die Kinderzulage soll auf 50 Mark erhöht werden, welche bei Krankheitsfall weiter gezahlt werden soll. 4. Die Invalidenrente soll um 100 Prozent erhöht werden und nach dem neuen Invalidengesetz 1920 abermals um 100 Prozent. 5. Einführung der Stricker- und Betriebsrente. 6. Es soll eine Wirtschaftsbeihilfe für Verheiratete von 1000 Mark, für jedes Kind 200 Mark, für ledige 600 Mark und für diejenigen Lebewen, die einen Haushalt besitzen, ebenfalls 1000 Mark gezahlt werden. Inwieweit bezüglich Hinterbliebenen sollen ebenfalls mit 1000 Mark bedacht werden. 7. Bergarbeiter-Frauen und -Kinder sollen in die Invalidenrenten einbezogen werden, die dann ärztliche Behandlung und Apotheke zu bezahlen hat. Zum Schluß forderte Herr Schröder auf, der Bergarbeiter-Mann beizutreten. Alles wurde einstimmig und brüderlich angenommen. Einviertel 11 Uhr war die Versammlung zu Ende.

— **Arbeitsruhe in der Weihnachtswoche?** Auf Veranlassung der Demobilisierungshilfe Nord-Bahnen in Nürnberg hat sich der bairische Minister für soziale Fürsorge mit dem Reichsarbeitsministerium wegen Einführung der allgemeinen Arbeitsruhe in der Weihnachtswoche in Verbindung gesetzt. Es wird erbeten, diese Maßnahme auf das ganze Reich auszuweiten.

— **Spar-Prämienanleihe als Weihnachtsgeschenk.** Dadurch, daß bei Zeichnung der Spar-Prämienanleihe nur 100 Mark sofort bezahlt werden müssen, der Rest bis zum 8. Januar 1920, eignet sich die Spar-Prämienanleihe ganz besonders als Weihnachtsgeschenk. Jeder, der Weihnachten eine Gratifikation, oder zu Neujahr eine Gehaltszulage oder Teuerungszulage zu erwarten hat, ist hierdurch in die Lage gesetzt, seinen Angehörigen ein ebenso hübsches wie praktisches Weihnachtsgeschenk zu machen. Denn abgesehen davon, daß sich der Wert der Prämienanleihe nicht vermindert, sondern vermehrt, eignet es sich infolge der Münchwertsicherheit ganz besonders zu Geschenkzwecken bei Kindern, die infolge der Verlosungen und Münchwertsicherheit in ihrem späteren Leben von diesem Weihnachtsgeschenk erhebliche Vorteile zu erwarten haben.

— **Eine Höchstgrenze für Mietsteigerungen.** Wie offiziell verlautet, steht der Erlaß der Anordnung betreffend die Festsetzung einer Höchstgrenze der Mietsteigerungen unmittelbar bevor.

— **Die gemeinwirtschaftliche Regelung der Milchversorgung.** Als drittes Heft der Veröffentlichungen der Sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft ist im Verlag von Jahn & Saensch, Dresden, eine Arbeit von Edmund Fischer über gemeinwirtschaftliche Regelung der Milchversorgung erschienen. Ein Reichsmilchgesetz ist bereits aus-

gearbeitet, die Städte treffen Vorbereitungen für die gemeinwirtschaftliche Regelung der Milchversorgung, die bestimmt kommen wird. Der vorliegende Schritt gibt nun ein wertvolles Bild von den Ursachen, aus denen heraus die Regelung notwendig wurde und dem voraussichtlichen Aufbau der gemeinwirtschaftlichen Milchversorgung.

— **Chemnitz.** (Der Angelegenheitenstreik in der Metallindustrie beendet.) Nach längeren Verhandlungen, die bis Sonntag früh 5 Uhr dauerten, sind die Streitigkeiten in der Metallindustrie zwischen den Angeestellten und den Arbeitgebern auf Grund beiderseitiger Angelegenheiten beigelegt worden. Die Arbeit wurde am Montag früh in allen Betrieben wieder aufgenommen.

— **Leipzig.** (Schwere Explosion in einer Küche.) In der Küche eines Kaufmanns in der Wilhelmstrasse 2. Entrüstigt explodierte ein Gefäß mit Rahmbutter. Der hierbei entstandene Brand wurde sofort gelöscht. Die durch die Explosion hervorgerufene Lufterschütterung aber hatte sich bis in den an die Küche anstoßenden Ladenraum erstreckt und die große Schaufensterscheibe im Werte von etwa 4000 Mk. zertrümmert. Menschen kamen nicht zu Schaden. — (Einbruch in ein Zigarrengeschäft in der Eisenbahnstraße. In der Nacht ist in der Eisenbahnstraße ein Zigarrengeschäft erbrochen und von den Dieben fast vollständig ausgeräumt worden. Der Gesamtschaden beträgt über 1400 Mk. Hauptstück ist die Kasse der gestohlenen Zigaretten bedeutend. Für Wiedererlangung des gestohlenen Gutes sind 500 Mark Belohnung ausgesetzt worden.)

— **Meerane.** (Das Opfer einer Blutergiftung) wurde der in dem besten Mannesalter stehende Inhaber des Körnerschen Zigarrenschäfts an der Auguststraße, Herr Richard Körner. Derselbe hatte sich eine kleine unbedeutende Wunde an der Hand zugezogen, in die jedenfalls beim Auspacken von Tabakwaren ein Giftstoff hineingelangt ist, der seinen frühen Tod herbeiführte.

— **Zwickau.** (Erwischte Glücksspieler.) In den letzten 8 Tagen wurden hiesige und auswärtige Personen in verschiedenen Schachwirtschaften beim Spazieren betroffen und zur Anzeige gebracht. Die Wirtschaftsbetriebe haben sich wegen Fuldung des Spieltisches zu verantworten.

Öffentliche Sitzung der städtischen Kollegien in Lichtenstein am 8. Dezember 1919.

Herr Bürgermeister Stecker eröffnete die gemeinwirtschaftliche Sitzung zu Punkt 1 wurde dem Ratsschluß, den Beitritt der Stadt- und Schulgemeinde zum Landespensionsverband betr., zugestimmt und die Kosten bemittelt. Punkt 2 betraf die

Beschaffungsbeihilfe

an die städtischen Beamten, Arbeiter und Notstandsarbeiter. Dieser Gegenstand, der solarschwere Belastung der finanziellen Kraft unserer Stadt mit sich bringt, lösten eine lebhafte Aussprache aus, die sich bis zum Konflikt aufspitzte. Ihr solaten die vielen Zuhörer mit höchlichem Interesse. Einleitend gab Herr Bürgermeister Stecker ein Bild über die Sachlage und betonte, daß, solange die Stadt bestehe, ein solcher folgenschwerer Beschluß noch nicht zu fassen gewesen sei. Die Vorbereitungen der Kollegien hätten zu einer Einigung in dem Weiterstreite der Meinung noch nicht geführt und so müsse heute abend die

„Nunig überwand Jette ihre Furcht vor der Heimkehr. Sie wachte, daß dies Opfer gebracht werden mußte.“

„Es wird dir schwer, Jette, ich weiß es, aber es muß sein, auch der Jungen wegen.“

Jette sah das Aulenkanten in seinen Augen. Die Hände, wieder dem alten Beruf leben zu dürfen, sprach zu deutlich aus seinen Zügen. Sie würde es ihm nicht schwer machen.

„Mutter ist ja da und Jägers, Tante Elise nicht zu vergessen“, zählte sie auf.

„Und die anderen werden nicht fern bleiben. Glaube mir, Jette, nur der Abweilende hat unrecht. Wir werden sie schon zwingen.“

„Wo der Glaube steht?“

„Magewollt entwirrt es ihren Lippen. Eigentlich beugte er sich zu der geliebten Frau, und es brach aus ihm heraus, dessen er sich schämte und das er niemals hatte eingesehen wollen.“

„Ten Wachen hast du mit gegeben, Jette, du allein.“

„Wilhelm!“
„Zanzend und weinend zugleich warf sie sich in seine Arme. „Doch ich das von dir erfahre — endlich — worauf ich gewartet habe all die Stenjahre hindurch.“

„Geduldet blidte Wilhelm sie an. „Du hast gemußt, daß ich an deiner Unschuld zweifelte, daß mich der Unglaube nicht losließ? All die Jahre lang? Und das hast du schweigend getragen und mir nur Liebe gegeben.“

„O du blinder, dumme Mann du! Aber jetzt segne ich diese schwere Zeit, in der ich um dich gerungen habe, denn nun halte ich dich ganz. Da

ist kein Unfalsche mehr.“ — sie küßte die geliebten, dunklen Augen — „keine Zweifel, sondern festes Vertrauen. Wie lange schon — sage mir auch dies.“

„Als in dem Mund unserer Kinder deine Schwärz laut wurde.“

„Solange hast du dazu gebraucht?“ nannte sie.
„Das Märchen von dem Licht erlösen mir, dem Mann, so ungläubwürdig.“

„Doch du liehst mich der Tat für fähig hi-ltest“, sagte sie vorwurfsvoll. „Aber ich vertehle eine nicht, daß du mit diesem Zweifel im Herzen mich nicht nur neben dir duldest, sondern mit auch dich; Liebe nicht. Du hast mich nicht an deiner Zeit darben lassen.“

„Ich muß dir alles sagen, Jette. Ich glaube, daß du bei der Tat nicht Herr deines Willens gewesen wärest. Du beandest dich ja in einem Zustand schwerster Erschütterung.“

„Doch du mit anderen darüber gesprochen?“
„Nun, wie kannst du so etwas denken. Aber ich glaube, daß noch andere zu derselben Ueberzeugung gekommen sind. Du kannst unter einem die selbst nicht bewußt gewordenen Zwang gekannt haben. Dein wertvolles Davontausen, als der Justizrat dazu kam, schien mir ein Beweis dafür. Er sah das alles als ein Zeichen eines bösen Bewusstseins an. Wie erschien es als ein Erwachen aus dem unheiligen Zustand, in dem jeder bewußte Wille auskaltete, und der dich beherrschte und dich zu der Tat warngeden da dir selber einredete, wie ein Nachtwandler, der seine halbbrechenden Wege geht. Und damit fiel bei mir deine Schuld in ein Nichts zusammen, mit dem ich fertig zu werden versuchte.“

(Fortsetzung Mt. 1.)

Bereitungen für
lung der Milchver-
mird. Der vor-
wertvolles Bild von
aus die Regelung
ausführlichen Aufbau
hoerföngung.

Streik in der Metall-
Verhandlungen die-
en, sind die Streitig-
zwischen den Ange-
auf Grund beider-
worden. Die Ko-
allen Betrieben wie-

n in einer Küche.)
in der Wilhelmnen-
Gefäß mit Rakon-
ene Brand wurde
Explosion hervor-
hätte sich bis in
Ladenraum erstreckt
be im Werte von
Menschen kamen
in ein Zigarren-
In der Nacht ist
Zigarrengeschäft er-
st vollständig aus-
schaben beträgt über
die Masse der ge-
d. Für Wiederer-
es sind 500 Mark

ner Blutergußung)
annegalter stehende
rengeschäfts an der
Körner. Derselbe
nde Wunde an der
als beim Auspacken
hineingelangt ist.
hrte.)

In den Ich-
nd auswärtige Ver-
richtigkeiten beim
auseige gebracht. Die
neuen Tuldung des

Der städtischen Steuer

1919.
er eröffnete die ge-
t wurde dem Rat-
und Schulgemein-
de, zugestimmt und
betraf die

hilfe
üter und Notstands-
er solarschwere Be-
erer Stadt mit sich
prache aus, die sich
solatun die vielen
le. Einleitend gab
id über die Sachlage
di bestehe, ein solch
t zu lassen gewesen
Kollegien hätten zu
ette der Meinungen
iffe heute Abend die

hüte die geliebte,
sondern festes Ver-
ge mit auch dies
nder deine Schwär-
ucht? Hande sie.
t erichien mir, dem

für fähig hiltet?
y verhebe eine nicht,
Verzen mich nicht
mit auch die Liebe
driner Zeit darben

ette. Ich glaubte,
deines Willens ge-
so in einem Zu-
geprochen?
s denken. Aber ich
elben Ueberzeugung
er einem die selbst
g gekandn haben-
s der Justizrat da-
dafür. Er sah das
Gewissens an. Nie-
dem unstillen Zu-
ste zuschaltete, und
u der Tat warte
ein Rechtsanwalter,
cht. Und damit fiel
chis zusammen, mit
te."

Entscheidung fallen, da die städtischen Beamten eine Antwort auf ihre Eingabe bis zum 9. Dezember forderten. Außerdem liege noch eine Eingabe seitens der städtischen Arbeiter vor. Beide kamen zur Verlesung. Die Belastung für die Stadt würde, wenn die Kollegien in einer Bewilligung kämen, etwa 111600 Mk. betragen. Nach evtl. Abzug von 21500 Mk. für an die Notstandsarbeiter über Tarif gezahlten Löhne ermäßigten sich die Ausgaben auf ca. 90000 Mk. Dadurch würden die Finanzen der Stadt über Gebühr in Anspruch genommen. Die Ausgaben durch eine Anleihe zu decken, sei nicht möglich. Der Betrag ließe sich für die Allgemeinheit noch etwas verringern, wenn die einzelnen städtischen Betriebe (Sparkasse, Schule, Girokasse, Gasanstalt etc.) mit zu den Leistungen für die in ihnen tätigen Personen herangezogen würden.

Als erster Debattierender kam Herr Stiegler zum Worte. Er führte etwa aus: Wir werden vor ein Problem gestellt, dessen Lösung uns nicht leicht fällt, weil wir Mittel nicht zur Verfügung haben, sondern auf der einen Seite geben, auf der anderen Seite nehmen müssen. Wo wir geben, bereiten wir Freude, wo wir nehmen, schaffen wir Erbitterung, und mit Recht. Bis jetzt sind Mittel zur Deckung noch nicht gefunden, aber wahrscheinlich sollen sie durch einen neuen Steuertermin beschafft werden, zu dem Personen mit herangezogen werden würden, die weniger Einkommen haben, als die Antragsteller. Das ist ein direktes Verbrechen an der Einwohnerschaft. Ein Volk, das so darniederliegt, wie das deutsche, muß sich Entbehrungen auferlegen, damit es sich wieder emporarbeiten kann. Ich habe mir die Sache nach allen Seiten überlegt, ich kann es nicht verantworten, der Bewohnerschaft diese Lasten aufzuerlegen. Hätten wir Geld, dann ließe sich über die Sache eher reden. Ich lehne die Bewilligung ab.

Herr Vorsteher Mehlhorn betont, daß die Reichs- und Staatsregierung in derselben Lage gewesen seien und eine Lösung haben finden müssen. Wenn wir die Lasten auf tragfähige Schultern legten, so würde sich auch bei uns ein Ausweg zeigen. Wenn Vorredner die Bewilligung der Bevölkerung gegenüber nicht zu verantworten vermöge, so könne er nicht verantworten, die Mittel abzulehnen, um die zu schädigen, die ihn auf seinen Posten mit entsandten. Die Rechte möge es sich noch einmal durch den Kopf gehen lassen und mit dazu beitragen, eine friedliche Lösung zu finden.

Herr Stadtrat Fuchs erklärte, daß die unerquickliche Lage, in die wir geraten, nicht unsere Schuld sei. Die Reichsbeamten wären zuerst mit solchen Forderungen an die Regierung herangetreten und die Staatsbeamten seien ihnen gefolgt. Die Regierung bewilligte, da sie die schweren Folgen der Ablehnung für unsere Ernährung und das Wirtschaftsleben nicht auf sich nehmen wollte, die sächsische Regierung gewährte ebenfalls die Beihilfen und schloß die Arbeiter dabei mit ein. Wir haben in 2 Sitzungen uns damit befaßt und hatten geglaubt, auf der rechten Seite ein Entgegenkommen gefunden zu haben. Das scheint nach den heutigen Ausführungen nicht der Fall zu sein, wir haben die Mehrheit, wir können die Vorlage durchbringen. Glauben Sie nicht, daß Sie durch die Ablehnung etwas erreichen. Wenn eine Einigung nicht stattfindet, bringen wir einen Antrag in unserem Sinne.

Herr Weiß führte aus, daß er sich Mühe gegeben habe, eine Einigung herbeizuführen. Vielleicht sei dies auch heute noch möglich, wenn man dazu komme, die den Notstandsarbeitern über Tarif gezahlten Löhne abzuziehen. Insbesondere würde die Ablehnung jetzt vor Weihnachten schwer empfunden werden.

Herr Endesfelder vertritt seinen Standpunkt, er kann der Vorlage nicht zustimmen, solange die Notstandsarbeiter mit einbezogen werden. Es gäbe in Lichtenstein noch viele Arbeiter, die ohne diese Beihilfe auskommen müßten. Er könne sie einen Arbeiter auch nicht geben. So sei es gewiß auch in anderen Betrieben. Er stimmte für die Beamtenbeihilfe unter Ausschluß der Notstandsarbeiter. Diese möchten bedenken, daß sie durch die Ueber-tarifbezahlung schon eine Beihilfe erhalten hätten.

Herr Reinhold erkennt auch eine gewisse Notlage der Beamten und Arbeiter an, ist aber trotzdem gegen die Bewilligung der Beschaffungsbeihilfe. Die Volkshammer habe diese Beihilfe auf die Arbeiter ausgedehnt, aber wie solle sich ein Ausgleich schaffen lassen für die vielen Arbeiter in den Privatbetrieben? Es sei doch ungerecht, die einen besser zu stellen als die anderen. Es gäbe noch viele Gemeinden, die die Beihilfe nicht bewilligt hätten. Da es aber nicht angängig sei, die Arbeiter aus dieser Vorlage auszuschließen und die Beamten vorzuziehen, wäre er der großen Kosten halber dafür, lieber eine erneute Steuerzulage zu gewähren.

Herr Fankhaenel meint, die Rechte werde aufgefordert, einen einigenden Vorschlag zu machen, warum sei von der Linken noch kein solcher ausgegangen? Durch den Mund des Herrn Endesfelder sei seitens der bürgerlichen Partei dies nun geschehen. Gewiß sei eine Notlage der Antragstellenden vorhanden, aber wir vertreten nicht nur deren Interesse, sondern auch die der Steuerzahler,

diese sind jetzt an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Redner beleuchtete dann die wirtschaftliche bessere Lage der Festbesoldeten im Vergleich zu den Beamten der Privatindustrie. Darum müßten ihre Wünsche zurückgestellt werden; wenn man auch volles Verständnis dafür habe, so müsse man auch an die denken, die die Summe aufzubringen hätten. Er sei für den Antrag Endesfelder.

Herr Weiß wandte sich gegen die Ausführungen des Vorredners über die Festbesoldeten und entgegnete, daß diese in Hinsicht auf die mit ihrer Stellung verbundenen Vorteile schlechter bezahlt worden seien als die Privatbeamten. Wenn ihr Einkommen so gestellt gewesen sei, daß sie sich für ihr Alter hätten etwas zurücklegen können, würden sie gern auf die Pensionberechtigung verzichtet haben.

Herr Stadtrat Fuchs: Nach den Ausführungen der Rechten ist wenig Aussicht vorhanden, einen gangbaren Weg zu finden, da sie ablehnt, die Verantwortung mit zu tragen, werden wir nun tun, was wir nicht ändern können, selbst auf die Gefahr hin, daß sie morgen hinausziehen, wir hätten nicht sparlam mit den städtischen Geldern gemischt-schaftet. Ich stelle im Namen der Linken folgenden Antrag:

Die städtischen Kollegien wollen beschließen, den Beamten, Hilfsarbeitern und Pensionären, Arbeitern und Notstandsarbeitern die Wirtschaftsbeyhilfe zu gewähren nach den von der Volkshammer aufgestellten Grundsätzen. Als Deckungsmittel wird vorgeschlagen, im 1. Vierteljahr 1920 auf alle Einkommen von 5800 Mk. ab einen progressiven Zuschlag von 25-70% zu erheben. Der Veranlagung ist das Jahr 1918 zu Grunde zu legen.

Herr Bürgermeister Steckner erläuterte diesen Antrag näher, machte auf seine technische Undurchführbarkeit und Unklarheit aufmerksam. Wenn man auf das Kataster von 1918 zurückgriffe, würde der Ausfall kläglich, eine Deckung lasse sich nur ermöglichen, wenn wir bei der Erhebung das steuerpflichtige Einkommen von 1919 heranziehen. Der Antrag lasse ferner die Lehrer an den Fachschulen, den dortigen Hausmann, die Hebamme von der Beihilfe ausschließen, ebenso sei die Frage über Einbeziehung des Krankenhausverwalters nicht klar. Schließlich erfordere der Antrag auch einen neuen Nachtrag zur Gemeindeeinkommensteuerordnung.

Wenn die Mittel in der Antragform, also ohne Abzug der an die Notstandsarbeiter über Tarif gezahlten Löhne, bewilligt würden, so handle es sich um eine Summe von 110-115000 Mark. Redner suchte noch eine Klärung über die prozentuale Staffellung herbeizuführen, da diese für die Aufstellung des Ortsgesetzes notwendig sei. Herr Stadtrat Fuchs meinte demgegenüber: Wir haben hier die Mehrheit, machen Sie uns keine Schwierigkeiten! Herr Bürgermeister Steckner erwiderte: Ich lege nur die sachlichen Unklarheiten des Antrags dar und vertrete dabei keine Partei. Im Laufe dieser erregten Auseinandersetzung kam es noch zu einer Kontroverse zwischen Herrn Stadtrat Fuchs und Herrn Stadtkassierer Friedrich, den der Herr Bürgermeister Steckner zur steuerlichen Auskunftserteilung herangezogen hatte.

Um die Erregung zu dämpfen, schlug Herr Bürgermeister Steckner vor, eine Pause in den Verhandlungen eintreten zu lassen. Dem wurde zugestimmt und inzwischen eine Unterhaltung von Mund zu Mund gepflogen.

Nach der Unterbrechung betont Herr Bahner, wenn die Bewilligungsmaschine, so weiter arbeite, gingen wir dem Ruin entgegen und würden Sklaven der Fährde. Wenn der Regierung die Einsicht fehle, so sei dies zu bedauern, wir wollen nicht in denselben Fehler verfallen. Was nütze es, immer zu bewilligen, wenn die niedrige Valuta das Geld entwertete, nur Arbeit könne uns wieder hochbringen, die Arbeitslosen-Unterstützung müsse abgebaut und wieder der Armenkasse überwiesen werden, die Notstandsarbeiten müßten aufhören, es gäbe anderweit wieder Arbeit. Wenn er sich entschließen solle, dem Antrag Endesfelder zugestimmen, dann könne er dies nur unter Ausschaltung der Notstandsarbeiter.

Hierauf stellte Herr Stiegler die Anfrage, ob es angängig sei, daß Herren, die an der wirtschaftlichen Beihilfe beteiligt seien, mit an der Beratung und Abstimmung hierüber teilnehmen könnten. Herr Vorsteher Mehlhorn bedeutete ihm, er stünde nicht im Interesse einzelner Personen zur Sprache, sondern es ginge die Allgemeinheit an, sodas ein Ausschluß von den Verhandlungen nicht in Frage kommen könne. Nachdem noch die Herren Bürgermeister Steckner und Fankhaenel hierzu gesprochen hätten, war diese Angelegenheit erledigt.

Die Herren Weiß und Fankhaenel bemühten sich weiter, eine Einigung herbeizuführen. Ersterer betonte, daß es doch nicht angängig sei, an Stelle einer früher in Aussicht genommenen besseren Lösung jetzt eine solche vorzuschlagen, die die Steuerzahler schwerer belaste. Er bitte doch, nochmals den Abzug der den Notstandsarbeitern über Tarif gezahlten Löhne zu erwägen. Herr

Fankhaenel hat ebenfalls den Antrag Fuchs für die Rechte für unannehmbar und schlug für seine Person einen Ausweg dahin vor, den Beamten 50%, den Arbeitern 25%, nach den von der Volkshammer aufgestellten Richtlinien zu gewähren.

Herr Kuder bekämpfte diesen Antrag, ebenso wollte Herr Reinhold, die Arbeiter nicht zurückgestellt wissen. Herr Weiß bedauert, daß Herr Kuder den Antrag Fankhaenel glatt ablehne, durch Verhandeln wären wir weiter gekommen. Herr Stadtrat Fuchs meinte, es sei anerkennenswert, daß Herr Weiß sich bemühe, eine Einigung herbeizuführen, aber, da die Rechte die Verantwortung nicht mit übernehmen wolle, sei alles weitere Reden zwecklos und die Linke habe vorgeschlagen, was sie wolle.

Herr Schneider beantragte hierauf Schluß der Debatte, dem Antrag wurde zugestimmt.

Die folgende Abstimmung, die die städtischen Kollegien getrennt vornahm, ergab die Annahme des Antrages Fuchs und Gen. mit der Aenderung des Schlüsselsatzes in folgender Form: Als Deckungsmittel wird vorgeschlagen, im 1. Vierteljahr 1920 einen einmaligen Zuschlag der im Jahre 1919 erhobenen Gemeindeeinkommensteuer zu erheben. Er soll betragen bei einem Einkommen von 5800-10000 Mk. 25%, bis 15000 30%, bis 20000 35%, bis 30000 40%, bis 40000 45%, bis 50000 50%, bis 70000 55%, bis 100000 60%, bis 200000 65%, über 200000 Mk. 70%. Der Rat wurde ermächtigt, einen diesbezüglichen Nachtrag zum Ortsgesetz der Regierung zur Genehmigung einzureichen. Der Antrag Fankhaenel wurde mit dieser Entschließung hinfällig. Für den Antrag Fuchs u. Gen. stimmten im Stadtverordneten-Kollegium 10, dagegen 5; im Ratskollegium 2 Herren dafür, 3 enthielten sich der Stimme.

Nach der Protokollvorlesung wurde die denkwürdige gemeinsame Sitzung geschlossen.

* * *

Nach einer kurzen Pause eröffnete Herr Vorsteher Mehlhorn die Stadtverordneten-Sitzung.

Unter Punkt 1 wurde eine Anzahl städtische Rechnungen nach Bericht der Prüfer richtig gesprochen.

Punkt 2. Der Stadtrat hat einem Gesuch des Gewerbevereins zufolge beschlossen, die Gewerbeschule in städtische Verwaltung vom 1. April 1920 ab zu übernehmen. Herr Endesfelder hat, diesem für die Gewerbeschule ersuchten Beschluß auch seitens des Stadtverordneten-Kollegiums beizutreten, da es dem Gewerbeverein nicht mehr möglich sei, den finanziellen Anforderungen der Schule nachzukommen. Der Gewerbeverein habe schweren Herzens, nur unter dem Zwange der Verhältnisse sich entschlossen, diesen Schritt zu tun. Herr Fankhaenel wünschte Aufklärung darüber, welche finanziellen Folgen der Stadt durch die Uebernahme der Schule auferlegt würden. Herr Bürgermeister Steckner erwiderte, daß der Gewerbeverein die Schullasten tatsächlich nicht mehr tragen könne, gar kein anderer Beschluß möglich gewesen sei, da ein Eingehen der Schule niemand in der Bürgerschaft wolle, er verhehle sich aber nicht, daß die Staatszuschüsse in Zukunft nicht mehr so reichlich sein würden, als wenn die Schule in den Händen des Vereins geblieben wäre. Herr Weiß empfahl auch warm die Uebernahme der Gewerbeschule seitens der Stadt und meinte, daß dieser Schritt sich für die belben anderen hiesigen Fachschulen wohl auch nötig machen werde. Herr Stadtrat Fuchs sprach sich für Verstaatlichung der Fachschulen aus und glaubte, daß dadurch der staatliche Zuschuß sich nicht vermindern werde. Herr Bürgermeister Steckner er blieb demgegenüber bei seiner Ansicht bezügl. der finanziellen Folgen für die Stadt. Hierauf wurde dem Ratsbeschluß auf Uebernahme der Gewerbeschule in die Regie der Stadt einstimmig beigetreten und betont, daß die neue Mutter der Schule sich angelegen sein lassen werde, dieselbe einer gedeihlichen Fortentwicklung zuzuführen.

Herr Stiegler hatte in einer der letzten Sitzungen angefragt, ob es wahr sei, daß die Ein- und Verkaufszentrale in Meerane an ihre Beamten Lantime zahle. Die auf Anfrage von dort eingegangene Antwort, die zur Verlesung kam, betrichtigte den Fragesteller.

Auf ein Gesuch des Rathaus-Hausmanns, welcher Posten von Herrn Mehlhorn bezog, dessen Frau mit verwaltet wird, hatte der Stadtrat eine Erhöhung der Bezüge beschlossen, das Kollegium trat nach kurzer Aussprache gegen die Stimme des Herrn Reinhold dem Beschlusse bei. Genannter Herr vertrat seinen Standpunkt dahin, daß es aus sozialen Gründen nicht angängig sei, einem in finanziell geordneten Verhältnissen befindlichen Beamten auch noch diese Einnahme zuzuführen und sie zu erhöhen. Es gäbe doch zur Bezüge Arbeitlose, die die Hausmannsarbeit im Rathaus verrichten könnten.

5. Umfrage. Herr Bahner wünschte die Vorlegung einer Abrechnung über die Arbeitslosen-Unterstützung. Es wurde ihm von verschiedenen Seiten erwidert, daß diese Berechnung mit dem Bezirk erfolge. Herr Reinhold erbat sich für

die nächste Stadtverordneten-Sitzung Ankunfts darüber, wieviel städtische Beamte zu Unrecht Teuerungszulagen für schulentlassene Kinder beziehen, damit er das Ergebnis mit seinen Unterlagen vergleichen könne.

Schluss der Sitzung: 11 Uhr. Es folgte eine nichtöffentliche Beratung.

Hausboote auf der Elbe.

Dresden, 8. Dez. Zur Bekämpfung der Wohnungsnot beabsichtigt man, das in England und Amerika schon lange vor dem Kriege, wenn auch zu anderen Zwecken verwendete Wohnschiffe unter Anpassung an die heutigen Verhältnisse zu verwenden. Eine deutsche Binnenschifffahrtsverehr ist damit beschäftigt, solche Wohnschiffe im Serienbau herzustellen. Die Bauzeit soll jeweils nur 6 Wochen für ein Schiff betragen. Die deutsche Industrie hat schon vor dem Kriege solche Wohnschiffe speziell für Südamerika geliefert. Die Baufrage ist jetzt technisch eingehend durchkomputert worden und als Ergebnis werden wir jedenfalls auf unseren Heimathäfen und Seen, vor allem aber in der Nähe der Großstädte, bald Wohnschiffe zu sehr vollständigem Schiffsraum einen holzgerippten Wohnaufbau tragen mit 2-4 Wohnräumen nebst Nebenräumen. Ohne die Unzulänglichkeiten eines solchen Wohnschiffes gegenüber den Bequemlichkeiten einer modernen Eigenwohnung außer Acht lassen zu wollen, bietet das Wohnschiff andererseits eine Reihe idyllischer und wirtschaftlicher Vorteile. Der Herstellungspreis wird unter demjenigen der sogenannten Holzblokhäuser liegen, von dem zurzeit enorm teurem Steinbau ganz zu schweigen. Wie verläuft, besteht die Idee, die ersten Wohnschiffe in Deutschland in der oben geschilderten Bauweise auf der Elbe bei Dresden aufzustellen.

(Die gegenwärtigen außergewöhnlichen Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt bedingen außergewöhnliche Maßnahmen; deshalb halten wir es für angebracht, unseren Lesern auch von den vorliegend geschilderten eigenartigen Planungen Kenntnis zu geben. Ob aber nicht doch noch viel Wasser die Elbe hinab fließt, ehe sich Hausboote auf ihr schaukeln, das bleibt abzuwarten. (Red.)

Vermischtes.

† **Natürliege Postmarke.** Aus Düsseldorf wird gemeldet: Wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges wurde der Postkassierer Mall und der Posthelfer Bauer verhaftet. Sie hatten in 70 bis 80 Pässen Adressen auf Wertpaketen mit Adressen ihrer Familien und anderer ihnen naheliegender Personen überlebt, sodass die Pakete an diese bestellt wurden. Der auf diese Weise angelegte Schaden belief sich auf mehrere hunderttausend Mark.

Gerichtssaal.

Baugen. (Zum Tode verurteilt.) Das Schwurgericht Baugen verurteilte den Ruscher Adolf Josef Paul Walter aus Kohrsdorf bei Zwickau in Böhmen wegen Raubmordes zum Tode. Walter, der bis Ende Juli d. J. Reichwehrsoldat war, hat am 2. August den Droschkenkutscher Ernst Schumann mit dessen Wagen vom Droschkenhalte-

platz Baugen weggeführt, ihn außerhalb der Stadt durch zwei Revolverschüsse getötet und die Leiche ausgeraubt. Der Angeklagte legte in der Verhandlung ein volles Geständnis ab. Auf die Frage der Vorsitzenden, ob er auch an dem Dresdner Droschkenkutschermord beteiligt sei, erklärte er, daß er niemals in Dresden gewesen sei.

Leipzig. (Die Prüfung mit der Rätefiskalatur in einem Erpresserbrieft.) Am 30. September erhielt die Frau Kommerzrätin M. durch die Post einen Brief mit folgendem Inhalt: „Sehr geehrte Frau Kommerzrätin! Die Fiskalatur und die Ausübung der Räteprüfung steht bevor. Auch Sie sind als Beisitzer bestimmt und sollen nach dem Befehl der S. J. sofort nach der Ausübung in Haft genommen werden. Dieser Befehl kann rückgängig gemacht werden, wenn Sie umgehend 50000 Mark, gut verlegt in einem Paket, in das Restaurant Seidel in der Südstadt schicken. Sie erhalten dann vollen Schutz der Räteprüfung durch rote Gardisten. Es ist zwecklos, die Polizei von diesem Briefe zu benachrichtigen, da mir durch Mittelpersonen von allem in Kenntnis gesetzt werden. Es sind schon 2750000 Mark eingezahlt, fünfzehn Personen haben sich verpflichtet zu zahlen, sie werden unter Beobachtung gestellt und es droht ihnen ihre Festnahme und strafrechtliche Erziehung. Im Auftrage des S. J. M.: A. Natkloff.“ Frau M. übergab diesen Brief der Polizei und ein Kriminalbeamter stellte fest, daß auch an der Gattin Seidel ein Brief von diesem Natkloff gekommen war, in dem er schrieb, es werde ein Paket an seine Adresse abgegeben werden, das er abholen lassen werde. Der Beamte hatte kaum eine halbe Stunde gewartet, da erschienen zwei Schusswunden und saßen die Pakete für Herr Natkloff abholen. Es wurde ihnen bedeutet, daß noch kein Paket abgegeben sei, sie gingen wieder und der Beamte folgte ihnen unauffällig nach. An der Ecke der Kronprinzenstraße stand ein Mann, mit dem die Frauen sprachen, der Beamte trat hinzu und erklärte dem Manne, er sei verhaftet, indem er ihn zugleich am Arme anfaßte. Der Arrestant aber riß sich los und lief nach der Elisenstraße zu, wo der Beamte ihn einholte, es gelang eine scharfe Polgelei; trotzdem der Beamte die Ballisten um Hilfe bat, rührte niemand eine Hand, bis ein Aktuar vom Gericht dazu kam, mit dessen Hilfe der Missethäter überwältigt werden konnte. Er war der frühere Kraftwagenführer Friedrich Wilhelm Richter, der sich jetzt wegen Erpressung vor der 7. Strafkammer des Landgerichts zu verantworten hatte. Richter gab

die Tat zu, er behauptete, daß ein Seidel, mit dem er in Halle zusammengetroffen sei, und bei dem er gefagt habe, er müsse das Paket suchen, da er wegen Schießungen, die er mit mehreren Freunden begangen habe, verfolgt werde, auf die Idee der Erpressung gekommen sei und auch den Brief aufgesetzt habe, den er selbst dann abgeschrieben habe. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten Richter, der schon öfter bestraft ist, auf eine Zuchthausstrafe von einem Jahr vier Monaten und fünfjährigen Ehrenrechtsverlust.

Berlin. (Der Strafantrag im Marok-Prozess.) Im Marok-Prozess beantragte der Anklagevertreter, Kriegsratspräsident Dr. Meyer, gegen den Hauptagneten, Oberleutnant Marok wegen Todschlags, unerlaubter Entfremdung und Urkundenfälschung eine Gefängnisstrafe von drei Jahren zwei Monaten Gefängnis, von denen zwei Monate als durch die Untersuchungsfrist verbüßt angesehen werden sollen.

Kurze,

mitgeteilt vom Bankhaus Sayer & Heinsche, Abteilung Lichtenstein-Gallenberg.

		6.12.19	8.12.19
Deutsche 3 $\frac{1}{2}$ % Kriegsanleihe		77,125 $\frac{1}{2}$	77,—
4 $\frac{1}{2}$ % Schönanweisung		81,50	82,50
3 $\frac{1}{2}$ % Reichsanleihe		82,25	82,25
6 $\frac{1}{2}$ %		67,—	67,—
Sächsische 3 $\frac{1}{2}$ % Rente		82,25	81,875
Chemnitzer 4 $\frac{1}{2}$ % Staatsanleihe		83,75	84,—
Dresdner 4 $\frac{1}{2}$ %		85,25	86,—
Erfolglicher 4 $\frac{1}{2}$ %		85,75	88,—
Deutsche Hypoth.-Bank 4 $\frac{1}{2}$ % Pfandbr.		87,—	87,25
Landwirtsch. 3 $\frac{1}{2}$ % Pfandbr.		88,50	89,—
4 $\frac{1}{2}$ %		100,75	102,25
Sächs. Bob.-Cred.-Anst. 4 $\frac{1}{2}$ % Pfandbr.		84,50	85,75
Hartmann Masch.-Fabrik Akt.		189,—	170,50
Maschinenfabrik Koppel Akt.		285,—	178,—
Hermann Pöge Akt.		255,—	230,25
Sachsenwerk Akt.		278,—	270,—
Sächs. Webstuhlfabrik Schöneberg Akt.		225,—	227,—
Hugo Schneider Akt.		211,—	210,25
Schubert & Salzer Akt.		292,50	290,—
Wanderer Werke Akt.		335,—	325,—
Zimmermann Werkzeugmach. Akt.		145,—	140,—
Deutsche Bank Akt.		265,—	253,—
Diskontog.-Gesellschaft Akt.		178,—	175,50
Dresdner Bank Akt.		144,50	146,50
Phönix Akt.		281,—	285,—
Hamburger Bakeri. Akt.		120,50	120,50
Allg. Elektrizitätsges. Akt.		248,—	243,50
Celsalher Kurze.		700,—	700,—

Richtliche Vereinsnachrichten für Lichtenstein. Donnerstag abend 8 Uhr Adventsabend im Konfirmandensaal. (Roch.)

Lebensmittelverkauf in Callenberg — Mittwoch, den 10. Dez. Vohnenmehl, 90 Gramm für 18 Pfg., Kartoffelfago, 50 Gramm für 14 Pfg., L.-M.-R. A. Marke S 4, Zuckerhonig, $\frac{1}{2}$ Pfund 20 Pfg., gegen L.-M.-R. B. Marke 84. Der Ortsnährungsanschuß für Callenberg.

Central-Theater.
am Markt. Lichtenstein am Markt.
Heute Mittwoch
— das große Zirkus- und Artisten-Drama —
Frieda
mit Wanda Treumann und Siggo Larsen in der Hauptrolle.
Dazu diverse Einlagen.
Anfang 5 Uhr. **Gewöhnliche Preise.**
Um recht zahlreichen Besuch bitten
Hochachtend **W. Verkeimer & Co.**
In Vorbereitung: **Das Gespensterschiff.**

Auktion.
Donnerstag, den 11. Dezember 1919, vorm. 10 Uhr
sollen im Ratskeller zu Callenberg folgende Gegenstände öffentlich freiwillig zur Versteigerung kommen:
2 Chaiselongues, 2 Kommoden, 2 Polsterstühle,
1 Glaschrank, Grammophon mit 18 Platten,
1 Nähmaschine, 2 Zithern, Sportwagen, Kinderfahrgewagen, 1 Lehntuhl, 1 Regal, Puppenstube mit Einrichtung, 1 Saskaoker mit Backpfanne und Tisch, 7 Paar Kinderschuhe und 2 Paar Militärshuhe und noch Kleinigkeiten.
Die Gegenstände sind gebraucht und können 1 Stunde vorher besichtigt werden.
Bruno Kunftmann, Auktionator,
— Lichtenstein. —

KL
Mittwoch und Donnerstag, den 10. und 11. Dezember:
Der Weg, der zur Verdammnis führt

I. Teil. Das Schicksal der Anne Wolter. Drama, 1 Vorspiel und 4 Akte.

Compagnie Algr. 55 Pfg.
Knoten „ 20 „
Eifen „ 20 „
kauft jederzeit
Richard Stiegler,
Kochprodukten Hohndorf.

Billige Fensterwäsche!
Preisliste umsonst.
Papierwarenfabrik,
Chemnitz, Iffhopauerstr. 34.
Suche für sofort oder später
besseres
Mädchen,
in allen häuslichen Arbeiten
bewandert, f. besseren Haushalt.
Hilfe vorhanden. Lohn 80 M.
Gute Behandlung.
Frau Fabrikant **Hans Kay,**
Eimbach i. Sa.,
Weststraße 16. Telefon 18.
Wir suchen für sofort einen
jüngeren, ordentlichen,
Mann,
auch Kriegsbeschädigten, für
alle vorkommend. Hausmanns-
arbeiten.
Braune, Jünicher & Co.

Chorgesangverein L.-G.
Mittwoch, 10. Dez.
Singstunde und
Aufnahmen.

Typogr. Vereinigung.
Donnerstag 7,8 Uhr
General-Versammlung
in Apels Bierhaus.
Statuten-Ausschuß 7,7 Uhr
Sitzung.

**1 Paar weiße
Glaelederschuhe,**
Größe 37, wie neu, preiswert
zu verkaufen.
Näheres im „Tageblatt“.

**Wasserdichte
Planen, Säcke,
Pferdedecken**
aller Art aus pa. Leinen-
segeltuch, liefert prompt und
billigst
Otto Elsner,
Aue i. Erzgebirge,
Wehrstraße 5.
Ausführung sämtlicher
Reparaturen.

**Wiedervorkäufer
finden
Tabaks-Pfeifen,
Spazierstöcke**
u. s. w.
in großer Auswahl und sehr
preiswert bei
Hermann Jacobi,
— Zwickau, Marienplatz 6. —
Ein schwarzes
Damenkostüm,
ein wolllener Damenmantel
(blau), ein wolllenes Damen-
jackett (rot), 3 Meter blauen
Cheviot zu verkaufen bei
Wag Sachse,
Callenberg, Bismarckstr. 200 II.
Ein Rinderfchlitten
(ohne Leihne) gut erhalten, zu
verkauften.
Näheres im „Tageblatt“.

Buchf.-Ordnen
Nachtrag, Neueinrichtungen,
Monatsabschlüsse, Umarbeit.,
Ueberrachen, Bilanzen zc.,
Steuerberatung
Henry Oertel,
Bücher-R.,
Blanchau, Schleß-Str. 6.

Druck und Verlag von Otto Krich und Wilhelm Engel, 1919